Bezugsgebühr
vierteljährlich Mk. 2.50, durch die Post Mk. 2.75.
Annahme von Ankündigungen bis nächste Nummer erfolgt in der Hauptgeschäftsstelle, Marienstr. 38 u. in den Annoncenexpeditionen v. Vorm. 9 bis 3 Uhr Nachm. Sonntags nur Marienstr. 38 v. 11—½1 Uhr Mittags.
Anzeigentarif.
Die 1spaltige Grundzeile (ca. 8 Silben) kostet Ankündigungen auf der Privatseite 20 Pf.; Doppelzeile unterm Strich (Eingesandt) 40 Pf. Grundzeile für Vorlage oder nach Anzeigen 10 Pf. (für Familiennachrichten 2c.), 30 Pf. — Tabellarischer Aufsatz nur gegen Vermehrzahlung. Belegblätter werd. m. 10 Pf. berechnet. Für Rückgabe eingesandter Schriftstücke keine Verbindlichkeit.
Fernsprechanschluß: Amt I Nr. 11 u. Nr. 2096.
Die Dresdner Nachrichten erscheinen täglich Morgens.

Dresdner Nachrichten

43. Jahrgang.
Telegr.-Adresse: Nachrichten, Dresden

Lobeck & Co.
Hoflieferanten Sr. Majestät des Königs von Sachsen
Chocoladen, Cacaos, Desserts.
Einzelverkauf **Dresden, Altmarkt 2.**

Photographische Apparate für Amateure
Carl Plaul
25 Wallstrasse 25
Verkaufslocal jetzt: Parterre.

Weinhandlung W. F. Seeger
Fernsprecher: Amt II, Nr. 2153 **Dresden** Fernsprecher: Amt II, Nr. 2153
empfiehlt bestgepflegte in- und ausländ. Weine, Champagner eigenes Fabrikat, Spirituosen und englische Biere.
Niederlagen in allen Städten Sachsens, neue werden jederzeit vergeben.

„Invalidendank"
Dresden, Seestrasse 5, I.
Fernsprechstelle 1117.
I. Annoncen-Expedition für alle Zeitungen.
II. Billet-Verkauf für die Dresdner Theater.
III. Effekten-Kontrolle unter Garantie.
IV. Kollektion der Sächs. Landeslotterie.

Tuchwaaren.
Lager hochfeiner deutscher und englischer eleganter Anzug-, Hosen- und Paletotstoffe in allen modernen Farben und Prima-Qualitäten zu billigsten Preisen.
Hermann Pörschel, Scheffelstr. 19.

Waisenhausstrasse 34. ✦ L. Weidig. ✦ Waisenhausstrasse 34.
Neuheiten elegant garnirter Damenhüte in jeder Preislage. Regelmässige, persönliche Einkäufe und Modestudien in Berlin und **Paris.**

Nr. 167. Spiegel: Ergebnisse der Reichstagswahlen. Hofnachrichten, Stichwahlen in Dresden. Landw. Ausstellung. Pfingstverkehr. Durst der Pferde, Sommervariétés. Gerichtsverhdl. „Bureaukrat", Dresdner Kunstsalon. | Muthmaßl. Witterung: Heiter, kühl. | **Sonntag, 19. Juni 1898.**

Politisches.

Die bis jetzt aus 366 Wahlkreisen vorliegenden Ergebnisse der Reichstagswahlen verändern den zuerst gewonnenen Eindruck des Gesammtbildes insofern, als neben dem Centrum nicht mehr die sozialdemokratische, sondern die konservative Partei als Hauptgewinnerin auf dem Plane erscheint. Von den endgiltigen Wahlen unter den genannten 366 — 175 davon sind Stichwahlen — entfallen nämlich auf das Centrum 77, auf die Konservativen 75 und auf die Sozialdemokraten 33 Mandate. Der gemäßigte Liberalismus steht nur mit 9 endgiltig gewonnenen Sitzen auf der Liste. In die Stichwahl gelangt er in 71 Wahlkreisen, und zwar in 36 mit den Sozialdemokraten, in 6 mit Welfen, in 4 mit Konservativen, in 14 mit dem Centrum, in 2 mit dem Freisinn, in 4 mit bürgerlichen Demokraten, in 3 mit Polen und in 2 mit Antisemiten. Die nationalliberale Presse glaubt darauf rechnen zu dürfen, daß etwa 30 Stichwahlen zu Gunsten der nationalliberalen Partei ausfallen würden. Von den kleineren Gruppen hat die (freikonservative) Reichspartei mit 7 Mandaten abgeschnitten, während die Antisemiten (deutschsoziale Reformpartei) mit 4, die Elsässer mit 3, die Polen mit 12, die Dänen mit 1, die Wilden mit 9 Sitzen verzeichnet sind. Außerdem ist je ein Mandat auf den Bund der Landwirthe und auf den bayerischen Bauernbund entfallen. Die noch ausstehenden 31 Wahlen dürften wohl zum größten Theil, da sie wesentlich das platte Land betreffen, noch den Konservativen zu Gute kommen, sodaß alsdann der konservative Anspruch auf den zweiten Platz im ersten Wahlgange unbestritten wäre. Vorläufig ist das noch nicht ganz der Fall, weil der „Vorwärts" für seine Partei nicht 33, sondern 36 Mandate in Anspruch nimmt. Zum Vergleich mit den Wahlen des Jahres 1893 dient folgende Zusammenstellung: Im Jahre 1893 wurden im ersten Wahlgang 217 Abgeordnete endgiltig gewählt, während 180 Stichwahlen nöthig wurden. Im ersten Wahlgang wurden gewählt: 82 Centrumsabgeordnete, 50 Konservative, 24 Sozialdemokraten, 16 Nationalliberale, 12 Freikonservative, 12 Polen, 9 Elsässer, 4 süddeutsche Demokraten, 3 Mitglieder der freisinnigen Vereinigung, 3 Antisemiten und je ein Däne und bayerischer Bauernbündler. In Stichwahlen kamen die Sozialdemokraten in 82 Wahlkreisen, die Nationalliberalen in 75, die Konservativen in 56, das Centrum in 32, die Freikonservativen in 17, die Antisemiten in 15, die freisinnige Vereinigung in 11, die Welfen und Polen in je 10, die süddeutschen Demokraten in 7, der bayerische Bauernbund in 5, die Elsässer in 2 Wahlkreisen. Es zählten nach den Stichwahlen das Centrum 99, die Konservativen 70, die Nationalliberalen 52, die Sozialdemokraten 44, die Freikonservativen 27, die freisinnige Volkspartei 23, die Polen 19, die Antisemiten 18, die freisinnige Vereinigung 13, die süddeutsche Volkspartei 11, die Elsässer 8, die Welfen 7, die bayerischen Bauernbündler 3 Abgeordnete. Außerdem wurden zwei Liberale, die keiner Fraktion beitraten und ein Däne gewählt.

Ein hervorstechendes Merkmal des Wahlergebnisses ist das weitere Fortschreiten des Vernichtungsprozesses, den die neuere Entwickelung unaufhaltsam an dem altersschwach und lendenlahm gewordenen bürgerlichen Radikalismus in allen seinen Schattirungen vollzieht. Die freisinnige Volkspartei hat im ersten Wahlgange nur einen einzigen Kandidaten durchgebracht, Schmidt-Altzen. Im Uebrigen ist sie ausschließlich auf Stichwahlen angewiesen, deren Zahl bis jetzt auf 37 berechnet und die als „zumeist recht günstig" von der „Freis. Ztg." bezeichnet werden. Von den 27 Mandaten, die der Partei im verflossenen Reichstag angehörten, sind 5 gleich im ersten Wahlgange in Verlust gerathen, davon 2 in Sachsen. Die freisinnige Vereinigung ist nicht viel besser gefahren. Sie hat nur drei Vertretern zum Siege zu helfen vermocht. Von ihren bisherigen 13 Mandaten sind ihr 5 entrissen worden, während sie in 6 Wahlkreisen zur Stichwahl steht. Die Häupter der beiden freisinnigen Richtungen, die Herren Richter und Rickert, sind Beide auf Stichwahls Gnaden angewiesen und bringen dadurch das Gesammtschicksal der von ihnen vertheidigten manchesterlichen Anschauung vorbildlich zum Ausdruck. Die Ironie des Schicksals, das den Freisinn unerbittlich verfolgt, tritt insbesondere auch darin zu Tage, daß seine beiden führenden Größen in der Stichwahl gegen die Sozialdemokratie um die Siegespalme kämpfen müssen. Sie können also nur mit Hilfe der Anhänger eben der Sammlungspolitik durchkommen, die sie vor den Wahlen grimmig befehdet und als Ausgeburt der finstersten Reaktion verketzert haben.

Auch die Dritte im radikalen Bunde, die süddeutsche Volkspartei, hat durch das Vordringen der Sozialdemokratie Schaden gelitten. Von dem Dutzend Mandate, über das sie verfügte, sind 4 Hauptbastionen der Partei gleich im ersten Ansturm abgenommen worden. Die Anzahl ihrer Stichwahlen beträgt 9. Die ganze Kläglichkeit der Lage, in der sich der zwischen Thür und Angel eingeklemmte bürgerliche Radikalismus befindet, giebt sich mit bemitleidenswerther Deutlichkeit in dem herzzerbrechenden Seufzer kund, den die „Frankf. Ztg." über das Wahlergebniß mit den klassischen Worten ausstößt: „In mancher der Stichwahlen, die die Partei bestehen muß, wird ihr die sozialdemokratische Hilfe willkommen sein, da sie auf die klerikale nicht zu rechnen hat." Gleichzeitig giebt dasselbe Blatt als Gegenleistung für die zu erwartende sozialdemokratische Hilfe bei den Stichwahlen für seine Anhänger die Parole aus, „wenigstens zu verhüten, daß die verloren gegangenen Mandate der Reaktion zufallen", womit natürlich gesagt sein soll, daß die sozialdemokratischen Kandidaten zu unterstützen sind. Etwas Selbsterkenntniß trägt daneben das führende Organ des süddeutschen Radikalismus auch zur Schau, indem es unverblümt erklärt, die Niederlage der Volkspartei sei nicht blos der Sozialdemokratie in die Schuhe zu schieben, sondern zugleich auf den „üblen Eindruck" zurückzuführen, „den in vielen Kreisen der mangelhafte Besuch des Reichstags von Seiten der schwäbischen Volksparteiler gemacht habe". Während der bürgerliche Radikalismus doch wenigstens noch einige Trümmer gerettet hat, ist sein national-sozialer Bruder ganz in den Wogen der Wahlbewegung verschwunden. Herr Pfarrer Naumann ist selbst unterlegen und seine „Partei" hat es nicht einmal zu einer Stichwahl, geschweige denn zu einem Mandat zu bringen vermocht. Der christliche Sozialismus des Herrn Stöcker ist fast ebenso übel daran, indem er nur den zweifelhaften Erfolg einer einzigen Stichwahl in der Person seines Begründers zu verzeichnen hat.

Die Zahl der Stichwahlen, die im ganzen Reiche am 24. Juni stattfinden, beträgt nach den bisherigen Feststellungen 175. Daran nehmen Theil: 46 Konservative, 19 Reichspartei, 39 Centrum, 7 Reformpartei, 67 (nach der nationalliberalen Parteipresse 71) Nationalliberale, 6 freisinnige Vereinigung, 37 freisinnige Volkspartei, 9 deutsche Volkspartei, 8 Bund der Landwirthe, 91 Sozialdemokraten, 3 Polen, 9 Welfen, 9 Fraktionslose. Unter den Gewählten befinden sich, wie jetzt feststeht, Graf Herbert Bismarck in Jerichow, v. Ploetz in Pyritz, v. Kardorff in Oels, Frhr. v. Hertling in Illertissen. Die große Bedeutung, die unter diesen Umständen dem zweiten Wahlgange innewohnt, spiegelt sich auch darin wieder, daß die „Nordd. Allg. Ztg." sich veranlaßt sieht, folgende offiziöse Parole auszugeben: „Nachdem die Hauptwahl den bürgerlichen Parteien Gelegenheit gegeben hat, die besondere Parteirichtung eines jeden Wählers zum Ausdruck zu bringen, wird es bei den zahlreichen Stichwahlen, an denen die Sozialdemokratie betheiligt ist, eine politisch unabweisliche Pflicht aller Parteien sein, welche Staat und Gesellschaft erhalten wollen, ihre Stimmen auf diejenigen Kandidaten zu vereinigen, welchen ein Sozialdemokrat gegenübersteht." In der That ist die Lage derartig, daß sie für die Stichwahl die höchste Opferwilligkeit und treueste Pflichterfüllung von allen Gegnern der Umsturzpartei erfordert. Leider kann nicht verhehlt werden, daß im ersten Wahlgange nicht überall von Seiten der ordnungsparteilichen Wähler im vollen Maße Das geschehen ist, was geschehen hätte können und sollen; insbesondere ist vielfach eine Lauheit der Wahlbetheiligung bemerkt worden, deren man angesichts der Bedeutung der Wahl und bei der kolossalen agitatorischen Machtentfaltung der Sozialdemokratie eigentlich sich nicht versehen durfte. Um nur ein Beispiel anzuführen, hat in Hamburg über ein Drittel der eingeschriebenen Wähler von ihrem Wahlrecht keinen Gebrauch gemacht. Das muß bei den Stichwahlen anders werden. Es gilt für jeden wahlberechtigten Vertheidiger der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung, am Stichwahltage seine Stimme bedingungslos zu Gunsten des der Sozialdemokratie gegenüberstehenden Kandidaten in die Waagschale zu werfen. Alle persönlichen Bedenklichkeiten und anders gearteten Anschauungen müssen ohne Besinnen zurückgestellt und zum Opfer gebracht werden, wenn das eine gemeinsame Ziel der Zurückdrängung des sozialrevolutionären Machtzuwachses in Frage kommt. Es ist eine schwere, ernste, hochheilige, patriotische Verantwortung, die jedem ordnungsparteilichen Wähler am Stichwahltage obliegt und der sich ohne Verrath am Vaterland Keiner entziehen darf, der sich nicht mit einem unauslöschlichen Vorwurf belasten will. Die Pflicht zu wählen tritt bei den Stichwahlen noch schärfer in die Erscheinung als bei der Hauptwahl. Das Vaterland erwartet, daß am Tage der Stichwahl jeder Deutsche seine patriotische Schuldigkeit thut! Nur wenn das geschieht, kann es gelingen, der neuen Volksvertretung im Ganzen einen Stempel aufzudrücken, in dem sich ein entschiedener Erfolg der nationalen und wirthschaftlichen Sammlungspolitik erkennen läßt.

In den Wahlkreisen Dresden-Altstadt und Dresden-Neustadt haben am 16. Juni Tausende von Wahlberechtigten — in Dresden-Altstadt allein 10,000! — von ihrem Wahlrecht keinen Gebrauch gemacht. Allen vaterländisch gesinnten und königstreuen Staatsbürgern erwächst hieraus die ernste, heilige Pflicht, in ihren Kreisen persönlich dahin zu wirken, daß bei der Freitag, den 24. Juni, stattfindenden Reichstags-Stichwahl diese Säumigen ihr höchstes Staatsbürgerrecht zur Abwehr der sozialdemokratischen Gefahr ausüben!

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 18. Juni.

Berlin. Der Kaiser und die Kaiserin sind heute Vormittag nach Altona abgereist, um der Enthüllung des Denkmals Kaiser Wilhelms I. beizuwohnen. — Von einer Rückreise Sr. Majestät Kreuzer „Kaiserin Augusta" von Manila nach Hongkong, wie gestern von verschiedenen Seiten mitgetheilt wurde, ist hier an zuständiger Stelle nichts bekannt. — Die gemeldeten Wahlergebnisse erfahren vielfache Korrekturen; so sind in den Wahlkreisen Teltow-Charlottenburg, dem größten und bevölkertsten im ganzen Reiche, sowie in Kiel die Sozialdemokraten nicht definitiv gewählt, vielmehr hat in beiden Kreisen Stichwahl stattzufinden. — Die gestrige Sitzung des preußischen Staatsministeriums unter Vorsitz des Fürsten Hohenlohe dauerte von Vormittag 10 Uhr bis Abends 8 Uhr. Ueber die Frage „Reorganisation des Staatsministeriums bezüglich der Regelung der Wasserbauverwaltung" scheint eine Verständigung noch nicht erzielt worden zu sein, da die Sache vertagt wurde. Außerdem ist auch die dem nächsten Reichstage vorzulegende Novelle zum Alters- und Invaliditätsgesetz in ihren Grundzügen besprochen worden.

* **Berlin.** Bisher sind 391 Wahlresultate bekannt. Gewählt sind 89 Konservative, 9 Reichspartei, 85 Centrum, 4 Reformpartei, 9 Nationalliberale, 2 freis. Vereinigung, 1 freis. Volkspartei, 1 Bund der Landwirthe, 34 Sozialdemokraten, 14 Polen, 1 Däne, 9 Fraktionslose, 2 Bauernbund. Stichwahlen haben 181 stattzufinden, woran betheiligt sind: 48 Konservative, 21 Reichspartei, 37 Centrum, 6 Reformpartei, 69 Nationalliberale, 10 freis. Vereinigung, 38 freis. Volkspartei, 9 deutsche Volkspartei, 8 Bund der Landwirthe, 95 Sozialdemokraten, 3 Polen, 9 Welfen, 9 Fraktionslose.

* **Berlin.** Wahlergebnisse. Schlawe: Kutscher (Kons.) ist nicht gewählt, sondern es findet Stichwahl mit Steinhauer (freis. Ver.) statt. Siegkreis: Lingens (Centrum) ist mit großer Mehrheit wiedergewählt. Cottbus: Werdeck (Kons.) kommt in Stichwahl mit Antrick (Soz.). Wasserburg: Huber (Centrum) gewählt. Straubing: Eßlinger (Bauernbund) gewählt.

Meerane. Der Seniorchef der Färberei Bornemann hat sich gestern Abend angeblich wegen verfehlter Spekulationen erschossen.

Magdeburg. Im Wahlkreise Jerichow ist Graf Herbert Bismarck mit 10,649 Stimmen wiedergewählt; Glocke (Soz.) erhielt 5755, Wöllzer (freis. Volksp.) 4609 Stimmen.

Hamburg. Hier wurde der angebliche Leutnant Brehmer der Gründer der hiesigen Jugendwehr, wegen zahlreicher Betrügereien verhaftet. Erste Hamburger Kreise sind um viele Tausende geschädigt, besonders hohe Offiziere. Es hat sich herausgestellt, daß Brehmer überhaupt kein Leutnant, sondern dem Landsturme ohne Charge angehört.

Altona. Der Kaiser und die Kaiserin trafen gegen 2 Uhr hier ein und begaben sich sofort nach dem Festplatze, wo 36 Mädchen in Schleswig-Holsteiner Tracht aufgestellt waren. Die Festrede hielt Oberbürgermeister Giese, wonach der Kaiser die Genehmigung zur Enthüllung des Denkmals Kaiser Wilhelms I. ertheilte. Unter brausenden Hurrahrufen der vieltausendköpfigen Menge fiel die Hülle, die Musikkorps intonirten „Nun danket Alle Gott", die Glocken sämmtlicher Kirchen läuteten und die Artillerie feuerte 101 Schuß ab. Oberbürgermeister Giese brachte hierauf das Hoch auf den Kaiser aus, worauf die Musikkorps die Nationalhymne spielten. Das Kaiserpaar besichtigte sodann das von Prof. Eberlein ausgeführte Denkmal, welches Wilhelm I. zu Pferde darstellt. Hierauf erfolgte der Vorbeimarsch der Altonaer, Hamburger, Harburger und Wandsbecker Garnisonen, worauf das Kaiserpaar sich in das Rathhaus begab, wo bei einem Festakt der Ehrentrunk kredenzt wurde.

Pest. Die hiesigen Blätter bringen anläßlich des 16jährigen Regierungsjubiläums des deutschen Kaisers sehr sympathische Artikel. „Pesti Hirlap" sagt, der Kaiser habe die öffentliche Meinung der Welt erobert durch seine Friedensliebe, die er in den 10 Jahren seiner Regierung kundgegeben. Die Sympathie der Ungarn habe sich der Monarch durch seinen hochsinnigen Trinkspruch gewonnen, der Ungarn zu glänzender Genugthuung gereicht hätte. — „Budapesti Hirlap" hebt die großangelegte Kolonialpolitik des Kaisers hervor, sein Losungswort laute jetzt: Weltpolitik! Das Blatt schließt mit den Worten: Wir Ungarn begrüßen ihn freudig zu seinem Jubiläum.

Paris. Ribot hofft, ein Beschwichtigungskabinet bilden zu können.

Rom. Ministerpräsident Rudini hat der Kammer die Demission des Kabinets mitgetheilt.

Rom. Kammer. Es herrscht große Erregung. Ministerpräsident Rudini erklärte, das Ministerium habe, nachdem es die parlamentarische Lage in Erwägung gezogen und um einer wichtigen Frage des öffentlichen Interesses nicht vorzugreifen, die Demission in die Hände des Königs gelegt, welcher sich seine Entschließung vorbehalten habe. (Zwischenrufe.) Das Ministerium wird auf dem Platze bleiben, um die laufenden Geschäfte der Verwaltung zu erledigen und für die öffentliche Ordnung Sorge zu tragen. Er bitte, die Kammer möge die Sitzung aufheben. (Großer Lärm. Rufe auf der Linken: Nein, nein!) Rudini fährt fort, die Kammer könne ihrem Präsidenten die Möglichkeit geben, dieselbe wieder zusammenzurufen, wenn und wann er glaube, daß dies nothwendig sei zur Bewilligung eines kurzen Finanzprovisoriums. (Lebhafter Zuruf.) Vendemini (Republikaner) verlangt, daß die Sitzung nicht aufgehoben werde und spricht sein lebhaftes Bedauern mit den Opfern der Militärherrschaft aus. (Stürmische Rufe und Widerspruch.) Das ganze Haus mit Ausnahme des extremen Flügels der äußersten Linken erhebt sich von den Plätzen und bringt donnernde Hochs auf das Heer aus. Der Präsident erhebt unter großem Beifall energischen Widerspruch gegen die Auslassungen Vendemini's. Sonnino stellt fest, er habe eine Tagesordnung eingebracht, welche seine Hochachtung und sein Lob gegenüber der Führung des Heeres bei den jüngsten beklagenswerthen Ereignissen ausspricht. (Lebhafter Beifall.) Giolitti betont, daß alle auf dem Boden der Verfassung stehenden Parteien einmüthig die Haltung des Heeres bewunderten. (Zustimmung.) Der Kriegsminister erklärt, die Armee habe bei den beklagenswerthen Ereignissen ohne Leidenschaftlichkeit ihre Pflicht gethan. (Lebhafte Zustimmung.) Die Armee, in deren Adern dasselbe Blut fließe, wie in denen der übrigen Bevölkerung, sei eins mit dem Volke in der Wahrung der hohen Interessen des Landes. (Lebhafter Beifall.) Nach kurzer Debatte werden die Vorschläge Rudini's genehmigt und die Sitzung aufgehoben. Auch in der Umgebung des Kammergebäudes herrschte lebhafte Erregung.

* **Rom.** Senat. Der Präsident theilt mit, daß General Brava, Botschafter Lanza und Reßmann zu Senatoren ernannt wurden. Rudini giebt dieselbe Erklärung wie in der Kammer ab. Vitteleschi und Negri rühmen die Leistungen Rudini's, sowie seine Ministerkollegen, und begrüßen wärmstens die Haltung der Truppen. (Lebhafter Beifall.) Rudini dankt bewegt. Die Regierung sei zurückgetreten, um für die Erledigung der hochwichtigen Frage der öffentlichen Ordnung vollkommen freie Bahn zu lassen. Sie bedauere nur, daß sie jetzt nicht siegreich, wie sie dessen sicher wäre, alle Anklagen und Verleumdungen, die gegen sie gerichtet worden, bekämpfen könne. Aber im gegenwärtigen Augenblick sei ihre Aufgabe, durch Schweigen zur Beruhigung beizutragen in dem Vertrauen, daß das Land aus den gegenwärtigen Schwierigkeiten herauskommen werde. Man müsse auf dem Altar des Vaterlandes jeden Ehrgeiz und jede Eitelkeit opfern und in diesen Tagen immer daran denken, das einzige Mittel, dem Vaterlande zu dienen, ist, daß Alle sich fest zusammenschaaren um die Person des Königs. (Anhaltender Beifall.) Der Senat vertagte sich hierauf.

* **Paris.** Die Bemühungen Ribot's, ein Kabinet zu bilden, scheiterten, weil die Radikalen sechs Portefeuilles beanspruchten. — Der „Temps" meldet: In Madrid läuft das Gerücht um, General Augustin habe seine Machtbefugnisse dem Kommandanten von Manila übergeben, welcher die Kapitulation Manilas unterzeichnet hätte.

Madrid. Eine längere Unterredung des englischen Botschafters mit dem Kriegsminister wird hier sehr besprochen. General Weyler kündigt an, er werde, sobald die Kapitulation Manilas offiziell bekannt werde, eine Interpellation an die Regierung richten. Das spanische Kanonenboot „Pinzon" ist gestern aus dem Hafen von Havana ausgefahren, um dem amerikanischen Geschwader mitzutheilen, daß General Blanco die Auswechselung der Gefangenen des „Merrimac" verweigere.

Madrid. Aguinaldo hat am 13. ds. M. nach längerer Berathung mit dem Insurgentenführer die Unabhängigkeit der Philippinen proklamirt. Die ganze Provinz Cavite ist von den Insurgenten erobert, ebenso die Vororte von Manila.

* **Madrid.** Der Gouverneur von Santiago telegraphirt: Ein Panzerschiff und eine Yacht eröffneten am 16. ds. Mts. Morgens das Feuer auf Punta Cabrera, vier Meilen westlich von Santiago. Die Amerikaner entsandten Dampfschaluppen und versuchten zu landen. Eine Truppenabtheilung unter Oberst Alden schlug die Amerikaner ohne Verluste zurück. Die amerikanischen Schiffe zogen sich hierauf zurück.

London. Es wird offiziell mitgetheilt, daß in diesem Jahre keine Flottenmanöver stattfinden sollen. Der Grund ist wahrscheinlich Mangel an Anthracitkohle infolge des Streiks in Süd-Wales.

Meine Frau sagt: Triumph-Seife — 10 doch die beste für Wäsche und Haushalt